

(Beginn: 14.01 Uhr - Ende: 15.12 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Guten Nachmittag, liebe Anwesende! Ich eröffne die 18. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße zunächst unsere Gäste auf der Zuschauertribüne und alle, die im Livestream zuschauen, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister und natürlich Sie, alle Mitglieder des Rates.

Besonders begrüßen möchten ich auch unseren neuen Beigeordneten, Herrn Haack, für das Dezernat IX

(Beifall)

zu seiner ersten - ich will es jetzt einmal so sagen - ordentlichen Ratssitzung; nicht, dass die anderen unordentlich gewesen wären,

(Heiterkeit)

aber jetzt sind Sie auf der Verwaltungsbank. Darüber freuen wir uns natürlich und erwarten gleich zu Beginn der Sitzung Ihre Worte an uns.

Besonders begrüßen möchte ich außerdem den neuen Geschäftsführer der Stadtwerke und Vorstandsvorsitzenden der RheinEnergie, Herrn Feicht - herzlich willkommen -,

(Beifall)

und unser neues Ratsmitglied, Frau Mechthild Böll,

(Beifall)

die ich direkt zu Beginn verpflichten werde.

Frau Böll wurde als Nachfolgerin für Frau Heuser gemäß § 45 des Kommunalwahlgesetzes festgestellt. Sie hat die Nachfolge angenommen, und ich bitte Sie, Frau Böll, nach vorne zum Rednerpult zu kommen. Ich bitte alle Anwesenden, sich von ihren Plätzen zu erheben; bitte auch die Gäste, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse und alle anderen Anwesenden.

(Mechthild Böll [Bündnis 90/Die Grünen] begibt sich neben das Redepult - Die Anwesenden erheben sich)

Liebe Frau Böll, ich verpflichte Sie, im Sinne des § 5 Abs. 1 unserer Hauptsatzung Ihre Aufgaben als Ratsmitglied des Rates der Stadt Köln nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz und die Verfassung des Landes

Nordrhein-Westfalen und alle Gesetze zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Die Anwesenden nehmen wieder Platz)

Kommen wir jetzt zu den Formalien.

Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute entschuldigt: Frau Dickas, Frau Glashagen, Frau Niknamtavin, Herr Hock, Herr Pütz und Frau Scho-Antwerpes.

Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler benenne ich Herrn Wahlen, Frau Frebel und Herrn Busch.

Zunächst haben wir die Tagesordnung festzulegen. Heute steht, wie Sie wissen, die Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung für 2023/2024 auf der Tagesordnung. Dazu werde zunächst ich sprechen, bevor Frau Dr. Diemert als Kämmerin das Wort hat. Wie üblich werden wir - Ihr Einverständnis vorausgesetzt - die Rednerliste zu diesen Tagesordnungspunkten damit schließen und die Vorlage zur weiteren Beratung in die Bezirksvertretungen, den Jugendhilfeausschuss, den Integrationsrat und den Finanzausschuss verweisen. Danach werden wir die übrigen Tagesordnungspunkte behandeln.

Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: im öffentlichen Teil TOP 3.1 bis 3.5 und im nichtöffentlichen Teil die Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung unter TOP 4.2 sowie den TOP 5.1. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann frage ich abschließend: Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Auch das sehe ich nicht. Dann lasse ich über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist die so geänderte Tagesordnung beschlossen.

Ich übergebe zunächst das Wort an Herrn Haack.

Beigeordneter Andree Haack: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herzlichen Dank, liebe Frau Reker, dass ich heute hier kurz sprechen darf und dieses Mal auch etwas mehr sagen darf als „Ich nehme die Wahl an!“.

Es ist heute das dritte Mal - Frau Reker hat eingangs darauf hingewiesen -, dass ich vor Ihnen stehe, und ich darf Ihnen einmal einige Eindrücke aus meinen beiden ersten Wochen und vielleicht auch ein paar programmatische Einblicke geben.

In den letzten beiden Wochen durfte ich schon eine ganze Reihe von Gesprächen führen und konnte mir dabei erste Eindrücke von der Stadt und ihren Akteurinnen und Akteuren machen. Und das macht Freude auf mehr! Köln ist eine Stadt mit sehr lebendigen und abwechslungsreichen Veedeln, mit einer bunten Gastronomie und Kultur, viel Internationalität, mit einer starken, sehr breit aufgestellten Wirtschaft und nicht zuletzt mit einer aktiven Bürgerschaft.

Städtebaulich sind es Aspekte wie die beiden Grüngürtel, die eine unglaubliche Qualität in der Stadtstruktur darstellen, und natürlich der Rhein. Er ist die Puls- und Lebensader der Stadt, die einerseits seit Jahrhunderten den Wirtschaftsraum prägt, aber genauso Raum für Freizeit und Erholung bietet. Darüber hinaus stellt er immer wieder die Kulisse für spannende, urbane Räume dar. Und dann ist da schließlich der Dom, der eine Erhabenheit und Majestätik ausstrahlt und wie eine Krone das Erscheinungsbild der Stadt prägt.

Es ist - das wissen Sie vermutlich alle viel besser als ich - eine tolle Stadt, und man kann als Planer nur dankbar sein, mit daran zu arbeiten, dieses vielschichtige Gebilde weiterzuentwickeln, mit dem notwendigen Innovationsgeist - denn die Herausforderungen und Bedürfnisse von heute sind andere als vor 1 000 oder auch vor 100 oder sogar nur vor 25 Jahren -, aber auch mit der notwendigen Ehrfurcht vor dem, was die Stadt prägt und bis heute einzigartig macht.

Was sind denn die Herausforderungen, die Stadtplanung im Allgemeinen und Köln im Speziellen zu bearbeiten hat? - Klar, der Klimawandel, den wir gerade aktuell wieder deutlich spüren. Es ist eine wachsende Sensibilität für Umweltbelastungen und -auswirkungen, zum Beispiel beim Verkehr oder der Flächenversiegelung. Es sind sich verändernde Sozialstrukturen, das Auseinanderdriften von Arm und Reich bei gleichzeitigem Wachstumsdruck. Es ist ein dickes Bündel von sich auf den ersten Blick zum Teil widersprechenden Trends, die auf Verwaltung und Politik einwirken und naturgemäß zu intensiven Debatten führen.

Meine Damen und Herren, einfache Lösungen gibt es daher heute auch nicht mehr - auch nicht

in der Stadtplanung. Zu viele Interessen sind jeweils berührt. Daher gibt es auch keinen starren Masterplan, was an welcher Stelle in der Stadt im Detail gebaut werden soll und kann, sondern wir müssen flexibel auf sich verändernde Bedürfnisse reagieren und uns offen für neue Lösungen zeigen. Die Vision von Köln ist daher auch keine architektonische oder städtebauliche, sondern die Vision von Köln ist es, eine umweltneutrale, nachhaltige, chancengleiche, demokratische und lebenswerte Stadt zu sein. Die Stadtstrategie 2030+ beschreibt genau das. Daher ist sie eine hervorragende, ganzheitlich gedachte Grundlage für diese große Aufgabe. Ich werde mich dafür einsetzen, sie gemeinsam mit Ihnen umzusetzen.

Ich bin der Überzeugung, dass sich Wirtschaft und Stadtentwicklung in diesem Sinne ergänzen und gegenseitig befruchten; denn eine starke Stadt kann es nur mit einer starken Wirtschaft geben. Der Begriff der Nachhaltigkeit umfasst bekanntlich neben der ökologischen und sozialen Dimension auch die Wirtschaftlichkeit, und das halte ich für wichtig.

Wir erleben in der öffentlichen Diskussion oft, dass diese Dimensionen und Ziele miteinander konkurrieren. Sie wissen alle, dass wir nur einen begrenzten Raum in unserer Stadt zur Verfügung haben, der nicht vermehrbar ist und den wir daher optimal nutzen müssen. Dennoch treten aufgrund der Flächenknappheit oft Interessen in Konkurrenz zueinander, es entsteht mitunter Streit, und die verschiedenen Positionen scheinen sich zunächst unvereinbar gegenüberzustellen. Wir brauchen Flächen für Büros, aber genauso fürs Wohnen, für öffentliche Einrichtungen wie Schulen und Kitas, aber auch für Kultur, Mobilität, für Erholung und Natur.

Ich stehe dafür ein, gemeinsam mit Ihnen in einen sachlichen, faktenbezogenen Dialog zu treten; denn ich halte diese Positionen keinesfalls für unvereinbar. Wir können Leben und Arbeiten auf den Flächen zusammenbringen, und wir können dies nachhaltig und klimaneutral tun. Wir werden das nicht nur in unseren großen Neuentwicklungen umsetzen, sondern wir müssen das unbedingt auch im Bestand tun. Stadtentwicklung heute heißt nicht nur Wachstum zu organisieren, sondern vor allem eine Weiterentwicklung des Bestands zu managen. Dafür will ich mich in den nächsten Jahren intensiv einsetzen. Dazu brauchen wir eine starke Wirtschaft!

Die Kölner Wirtschaft fußt gleich auf vielen Stärken, was den Standort ausgesprochen resilient, also widerstandsfähig, bei Krisen macht. Dies

zeigen zum Beispiel auch die aktuellen Arbeitsplatzzahlen, nach denen Köln nunmehr fast 600.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte hat - so viele wie niemals zuvor, und das trotz der Coronakrise.

Dadurch, dass Köln ein breites Spektrum an Bildungseinrichtungen hat, lockt die Stadt viele junge Menschen, aber auch gut ausgebildete Fachkräfte und damit eine Art wertvollen Rohstoff für die Wirtschaft an. Das ist für mich ein absoluter Standortfaktor; denn der Erfolg eines jeden Unternehmens baut schließlich auf der Qualität der Mitarbeitenden auf. Oder anders gesagt: Das Gold steckt in den Köpfen der Menschen, und Köln hat viele helle Köpfe!

Wir wollen und werden Köln so attraktiv gestalten, dass wir auch künftig ein wichtiger und zentraler Anziehungspunkt für helle Köpfe und offene Geister sein werden. Wir werden versuchen, diesen, aber auch weitere Standortvorteile wie beispielsweise Erreichbarkeit, Internationalität und das einzigartige Kölner Lebensgefühl und die Kultur weiter auszubauen, und dabei auch einen Blick auf die Innovationskultur der Stadt haben.

Der Begriff der Innovationskultur baut auch gleich die Brücke zum Thema der Digitalisierung - das nächste echte Asset in diesem neuen Dezernat IX. Viel durfte ich schon über dieses Thema diskutieren, und auch hier bin ich positiv überrascht: Auf der einen Seite lobt man den Digitalstandort Köln und ist sich dessen Stärke bewusst. Aber zufrieden ist man dennoch nicht, weil man einfach den Anspruch hat, bei dem Thema die Nummer eins zu sein. Diese Herausforderung nehme ich gerne gemeinsam mit Ihnen an!

Bei zahlreichen Bürgerdienstleistungen wird es innerhalb des nächsten Jahres zu verbesserten Lösungen kommen. Das Onlinezugangsgesetz wird dafür sorgen, dass es für viele Prozesse bald digitale Lösungen gibt. Auch wenn Verwaltungsarbeit bald bürgerfreundlicher und schneller wird, reicht uns das aber noch lange nicht. Ich denke, wir müssen unsere Verwaltung so aufstellen, dass Digitalisierung zu einem selbstverständlichen Dauerprozess wird. Prozesse und Abläufe iterativ immer wieder zu optimieren, dafür brauchen wir eine IT-Architektur, die Flexibilität und Sicherheit miteinander vereint. Wir brauchen aber auch Prozessstandards, wie die Digitalisierung in der Verwaltung umgesetzt wird.

Wir müssen unsere Verwaltung so aufstellen, dass der Innovationsgeist in den Ämtern weiter-

hin befördert wird, und gleichzeitig darauf achten, dass die Statik unserer IT-Architektur auch weiterhin sicher und stabil ist. Es geht bei einem so großen Verwaltungsapparat also um deutlich mehr als darum, immer nur neue Projekte zu kreieren, sondern Digitalisierung im Gesamtkontext von IT-Strukturen zu denken. Darauf aufbauend wird dann sicherlich nicht nur innerhalb der Verwaltung, sondern auch im Verbund mit den Mitgliedern im Konzern Stadt eine neue Dimension der Digitalisierung erreicht.

Mit dem Projekt der „digitalen Zukunftsstadt“ hat man sich dazu bereits auf den Weg gemacht. Das Potenzial ist zweifellos vorhanden, und ich freue mich auf diese Aufgabe, die übrigens absolutes Teamwork erfordert. Ohne meine geschätzte Kollegin, Stadtdirektorin Andrea Blome, wird das nicht gelingen. Aber ich bin mir sicher, dass wir dies gemeinsam meistern werden. Mit dem von der Politik bereits eingeforderten Masterplan für Digitalisierung würde ich gerne den Grundstein für diesen Prozess legen und freue mich auf diese Arbeit.

Und dann ist da noch die regionale Zusammenarbeit. Ich kenne keine Stadt, die dieses Thema so deutlich auf das Klingelschild eines Dezernats gebracht hat und damit natürlich eine klare Ansage macht. Der Hintergrund ist klar: Die vor uns liegenden Herausforderungen werden wir nicht allein auf Kölner Stadtgebiet lösen. Die Verflechtungen mit dem Umland sind groß, und so macht es Sinn, hier den direkten Dialog zu suchen und so die bestehenden regionalen Initiativen zu ergänzen und zu stärken. An Themen mangelt es nicht. Geben Sie uns ein wenig Zeit, die notwendigen Ressourcen aufzubauen und erste Inhalte zu erarbeiten.

Meine Damen und Herren, wir haben hier in Köln eine Menge zu tun, aber wir haben auch gute Voraussetzungen, um diese Stadt gemeinsam so weiterzuentwickeln, dass wir sie in einem guten Zustand folgenden Generationen übergeben. Ich will gerne meinen Teil dazu beitragen, diese Stadt im besten Sinne lebenswert für uns alle zu gestalten und darüber hinaus zukunfts- und damit „enkeltauglich“ zu machen.

In diesem Sinne, liebe Frau Oberbürgermeisterin, wünsche ich mir eine gute Zusammenarbeit mit Ihnen sowie mit Ihnen, den Damen und Herren des Rates, aber auch mit meinen Kolleginnen und Kollegen aus dem Verwaltungsvorstand.
- Herzlichen Dank!

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Herr Haack.

Ich rufe auf:

1 Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2023/2024

**1.1 Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2023/2024
2269/2022**

Ich bitte Herrn Bürgermeister Wolter, während meiner Rede die Sitzungsleitung zu übernehmen.

(Bürgermeister Andreas Wolter übernimmt die Sitzungsleitung - Frau Oberbürgermeisterin Reker begibt sich ans Redepult)

Sehr geehrte Anwesende! Liebe Kölnerinnen Kölner hier im Ratssaal und im Livestream! Ich bringe heute den Haushaltsplanentwurf der Stadtverwaltung für die Jahre 2023/2024 in den Rat der Stadt Köln ein. Mit einem Volumen von 5,5 Milliarden Euro im kommenden und 5,8 Milliarden Euro im darauffolgenden Jahr erreicht dieser Haushalt neue Rekordwerte.

Mit diesem Budget werden wir gemeinsam in den kommenden zwei Jahren erstens die urbane Transformation in Köln vorantreiben - hin zu einer Klimametropole, einer Mobilitätsmetropole, einer Bildungsmetropole und einer weiterhin starken Wirtschaftsmetropole. Und zweitens werden wir die Rahmenbedingungen schaffen, um - das ist mir natürlich ganz wichtig - den sozialen Zusammenhalt in Köln und die Lebensqualität weiter sicherzustellen.

Das ist so wichtig - gerade in einer Zeit, in der wir als größte Metropole des Landes Nordrhein-Westfalen auf vielfache Weise herausgefordert sind: mit Krieg in Europa, der Tausende Geflüchtete nach Köln gebracht hat; mit der Klimakrise, die in diesem Jahr für Hitze, Dürre und Niedrigwasser sorgt; mit der Energiekrise, die die Lebenshaltungskosten in die Höhe treibt; und mit der Pandemie, die Wirtschaft und Gesellschaft immer noch massiv fordert. All das wirkt sich unmittelbar auch auf unsere Stadt aus.

Um nur zwei Beispiele für unsere zusätzlichen finanziellen Belastungen zu nennen: Wir veranschlagen für die steigenden Energiekosten der Stadtverwaltung fast 8 Millionen Euro zusätzlich - als Risikopuffer - allein im kommenden Jahr. Und auch für wesentliche Aufgaben zur Unterbrin-

gung und Versorgung von Geflüchteten steigern wir in 2023 die städtischen Mittel um ein Drittel.

Liebe Ratsmitglieder, mir ist sehr bewusst, wie sorgenvoll viele Kölnerinnen und Kölner auf die kommende Zeit blicken, und Ihnen sage ich heute: Wir halten unsere Leistungen, Förderprogramme, Angebote und Services als Stadtverwaltung aufrecht. Nach unseren aktuellen Planungen können wir auch Grund- und Gewerbesteuer stabil halten. Und: Wir bereiten uns gemeinsam mit unserer Konzerntochter RheinEnergie sehr intensiv und weitsichtig auf verschiedenste Szenarien von möglicher Energieknappheit vor. Dazu tagt übrigens regelmäßig ein städtischer Krisenstab.

Klar ist heute aber auch: Niemand wird um deutliche Anstrengungen bei der Einsparung von Energie herumkommen. Die Stadtverwaltung trägt ihren Teil dazu bei: In einem ersten Schritt begrenzen wir die Raumtemperatur in städtischen Büros, sensibilisieren die Mitarbeitenden zu energiesparendem Verhalten, schränken die Beleuchtung repräsentativer Bauwerke ein, dimmen die Straßenbeleuchtung und vieles mehr. Zusätzlich hat die RheinEnergie eine Informationskampagne aufgelegt und gibt konkrete Energiespartipps.

Meine wichtigste Botschaft heute: Wir als Stadtverwaltung arbeiten weiterhin nah an den Bedürfnissen der Kölnerinnen und Kölner - auch und ganz besonders in dieser schwierigen Lage! Wir sind uns der Verantwortung für alle bewusst, die durch höhere Energiepreise in finanzielle Nöte geraten. Zwar ist keine Kommune - auch nicht die Stadt Köln - in der Lage, die Mehrbelastungen aufzufangen, doch ich darf allen Menschen in unserer Stadt versichern: Der Verwaltungsvorstand und natürlich auch ich als Oberbürgermeisterin setzen uns gemeinsam mit dem Deutschen Städtetag ausdrücklich und sehr massiv dafür ein, dass weitere Entlastungen von Land und Bund auf den Weg gebracht werden.

Dazu gehört für mich auch die schnelle Einberufung eines Energiegipfels, um dringende Fragen der Energie-, Wirtschafts- und Sozialpolitik gemeinsam zu klären.

Liebe Ratsmitglieder, angesichts der großen Herausforderungen kommt es auf unsere Handlungsfähigkeit an. Wir sparen deshalb nicht gegen die Krise an. Wir nehmen in den kommenden zwei Haushaltsjahren zusätzliche Mittel in die Hand. Gleichzeitig ist es wichtig, die Defizitentwicklung in einem verantwortungsbewussten

Rahmen zu halten. Und das heißt: Köln wird keine Haushaltssicherungskommune werden.

(Vereinzelt Beifall)

Nur so können wir unseren Gestaltungsanspruch erfüllen - jetzt und auch in Zukunft.

Ich möchte noch einmal betonen: Trotz schwierigster Rahmenbedingungen haben wir erneut sehr frühzeitig den Haushaltsplan aufgestellt. An dieser Stelle bedanke ich mich bei allen Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltung, die dazu beigetragen haben, insbesondere in unserer Kämmerei.

(Beifall)

Sehr geehrte Ratsmitglieder, das unstete Panorama, auf das wir derzeit blicken, hat die Macht, manches Vorhaben zu kippen, und hat auch die Macht, angesetzte Budgets zu reißen. Unsere Ausgangslage ist daher komplex. Dennoch gelingt es uns mit diesem Haushalt, mitten in der Krise Chancen für Köln zu nutzen. Wir kennen bereits die Antworten auf die bestehenden Herausforderungen. Sie lauten: Klimawende, Energiewende, Mobilitätswende, Digitalisierung, Bildung und eine starke und innovative Wirtschaft. Kurz: die urbane Transformation.

Auf dieses Ziel ist der Haushaltsentwurf ausgerichtet. Lassen Sie mich die wesentlichen Punkte vorstellen:

Mit dem vorliegenden Haushalt entwickeln wir Köln weiter zur Klimametropole, die die Klimaneutralität bis 2035 als Topthema begreift und das Umsetzungstempo beschleunigt. In den kommenden beiden Jahren sehen wir allein für Maßnahmen zur Emissionseinsparung fast 108 Millionen Euro vor. Die Verwaltung denkt bei jeder einzelnen Maßnahme deren Klimafolgen mit: von Green Bonds bis hin zur Planung neuer nachhaltiger und an die Klimafolgen angepasster Wohnquartiere. Beispielhaft nenne ich die Parkstadt Süd oder das Gartenstadt-Konzept in Kreuzfeld.

Und mehr noch: Der gesamte Konzern Stadt zieht mit - etwa die RheinEnergie, die sich zur Dekarbonisierung der Energieerzeugung und -versorgung verpflichtet hat, womit Köln perspektivisch regionale Energiesouveränität erreicht. In Köln gehen Klimawende und Energiewende eben Hand in Hand!

Darüber hinaus setzen wir in den kommenden Haushaltsjahren den Rahmen, um auch den Privatsektor bei der Transformation zu unterstüt-

zen: Wir führen die Solaroffensive fort. Wir lassen die Klimaschutzleitlinien für privates Bauen wirken. Allein für das Förderprogramm Gebäudesanierungen und erneuerbare Energien investieren wir mittelfristig 20 Millionen Euro pro Jahr.

Doch zur Wahrheit gehört auch diese Erkenntnis: So sehr wir uns als Stadtverwaltung ins Zeug legen, Klimaneutralität zu erreichen - wir können nur rund 15 Prozent der Potenziale zur Treibhausgasminimierung in Köln beeinflussen. Deshalb haben wir bewusst die Verantwortung übernommen, den Weg zur Dekarbonisierung in allen Bereichen des städtischen Lebens anzukurbeln und zu koordinieren. Die Stadt legt in wenigen Wochen das Gutachten des Klimarates vor. Mit dieser Grundlage erhalten wir einen strategischen Ansatz, um die Zielmarke 2035 erreichen zu können.

Sie sehen, liebe Ratsmitglieder: Köln geht mit dem Doppelhaushalt große Schritte Richtung Klimametropole. Und das bedeutet auch, dass wir den Umbau zur nachhaltigen Mobilitätsmetropole intensivieren: Für die Mobilitätswende sehen wir 2023 im Haushalt eine Gesamtsumme von über 147 Millionen Euro vor, für 2024 planen wir noch einmal eine Steigerung um rund ein Drittel auf über 192 Millionen Euro. Davon entfallen rund 90 Prozent auf die Verlagerung hin zu emissionsarmen Verkehrsmitteln.

Die Mobilitätswende ist jedoch nicht nur finanziell in konkreten Maßnahmen abgebildet, wir haben sie auch strukturell in der Verwaltung fest verankert, indem wir nach langen Planungen das zuständige Dezernat neu aufgestellt haben: Aus dem Amt für Straßen und Verkehrsentwicklung wurden das Amt für Straßen und Radwegebau und das Amt für nachhaltige Mobilitätsentwicklung. Das sind nicht bloß neue Titel. Die neue Struktur zeigt: Wir verändern Prioritäten und zeigen klaren Willen für eine konsequente Transformation.

2023 beginnen wir mit der Umsetzung von Radverkehrskonzepten in den Bezirken. Wir werden das Projekt „Ring Frei“ abschließen und die großen Radverkehrsachsen von Nord nach Süd und West nach Ost ausbauen. Wir starten mit unseren Verkehrsversuchen auf der Venloer Straße und an der Domumgebung. Und wir werden auch Fortschritte auf den schnellen Radwegen und Rad-Pendler-Routen erzielen. Mit all dem nimmt auch das gesamtstädtisch synchronisierte Radwegenetz Gestalt an. Kurz: Wir schalten für den Radverkehr in Köln noch einmal einen Gang höher.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Gleichzeitig führen wir die zentralen Infrastrukturprojekte für den ÖPNV laut Roadmap konsequent weiter. In den nächsten beiden Jahren investiert allein die Stadt über 133 Millionen Euro in den ÖPNV. Im gleichen Zeitraum sieht die KVB Investitionen von über 400 Millionen Euro vor. Hierbei geht es insbesondere um den Ausbau der Kapazitäten.

Doch, wie wir wissen, genügt ein gutes und dichtes Netz allein für einen attraktiven öffentlichen Nahverkehr nicht. Wie Sie wissen, bin ich schon lange der Ansicht: Wir brauchen eine faire und einfache Preisgestaltung. Das hat die große Nachfrage nach dem 9-Euro-Ticket noch einmal unterstrichen. Ein günstiges Ticket ist auch für Köln ein zentrales Element der Mobilitätswende. Deshalb freut es mich sehr, dass inzwischen auch in der Bundespolitik eine erschwingliche und deutschlandweite Ticketlösung ehrlich geprüft wird. In diesem Zusammenhang möchte ich auch hier noch einmal betonen: Die Kommunen werden dies nicht allein schultern können. Wir brauchen Land und Bund zur Finanzierung.

Ich komme zum dritten Kernthema der urbanen Transformation, der Bildungsmetropole Köln. Sie ist essenziell, damit wir mit vielen klugen Köpfen auch in Zukunft die Megathemen der Metropole vorantreiben können.

Unser Haushaltsplanentwurf zeigt: Das Thema Bildung hat eine hohe Priorität. Wir nehmen in den kommenden beiden Jahren fast 80 Millionen Euro zusätzlich in die Hand, um den Ausbau von Kindertagesbetreuung zu forcieren. Und natürlich geht es auch auf unseren Schulbaustellen im Stadtgebiet weiter: Insgesamt gut 790 Millionen investiert dort unsere Gebäudewirtschaft in 2023 und 2024.

(Beifall bei der CDU und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Bürgermeister Andreas Wolter: Wir hören hier ein permanentes Grundrauschen. Anscheinend ist ein Mikrofon nicht in Ordnung, wie mir gerade gesagt wurde. Die Frage ist nun, Frau Oberbürgermeisterin: Wollen Sie weitersprechen oder sollen wir das jetzt austauschen? Da kommt schon jemand.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Da kommt schon jemand. Dann tauschen wir es aus. Sonst hört es sich für mich an, als würde es

ein bisschen regnen. Das fänden wir ja, glaube ich, alle schön.

(Heiterkeit)

Bürgermeister Andreas Wolter: Ja, über den Regen würden wir uns alle freuen; aber der verursacht das Rauschen leider nicht.

(Das Mikrofon wird ausgetauscht und getestet - Zurufe: Oh! - Super!)

Vielen Dank für den prompten Service. - Frau Oberbürgermeisterin, bitte schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, natürlich auch für Ihre Geduld.

Ich bin beim zusätzlichen Tempo für den Schulbau, den wir uns sicherlich alle sehr, sehr wünschen. Die Schulbaugesellschaft wird ab Anfang 2023 an den Start gehen. Darüber hinaus bleiben wir kreativ und funktionieren ehemalige Büros in Klassenräume um. Wir beteiligen Investoren. Wir bauen immer mehr modular und damit schneller. Ich bin der Meinung, es sollte keine Denkverbote geben, wenn es um Schulbau geht.

Mir ist dabei eines sehr wichtig, und zwar, dass wir nicht nur Masse, sondern auch Klasse für die neuen Generationen schaffen. Das bedeutet: effiziente Gebäude, nachhaltige Holzbauweise, zirkuläres Bauen, Nutzung regenerativer Energien, moderne Raumkonzepte und natürlich digitale Infrastruktur.

Und damit, liebe Ratsmitglieder, komme ich zum vierten Schwerpunkt: der Wirtschaftsmetropole Köln. Unser klares Ziel bleibt - Herr Haack hat es eben bereits angesprochen -, den breiten Branchenmix zu erhalten, der uns in Krisen so resilient macht.

Um nur einige unserer Stärken zu nennen: Köln ist Medienstadt. Wir verfügen über einen lebendigen Einzelhandel, eine Gastronomie für jeden Geschmack und jeden Geldbeutel. Wir sind Zentrum der Versicherungswirtschaft und ein wichtiger Standort für LifeScience, BioTech und IT. Diese wirtschaftliche Vielfalt gilt es auch in der Klima- und Energiekrise zu bewahren und weiter auszubauen.

Unsere KölnBusiness Wirtschaftsförderungsgesellschaft setzt sich dafür ein, eine Wasserstoffwirtschaft im Rheinland aufzuziehen, um auch künftig energieintensive Industrien in der Region

zu halten und anzusiedeln. Zusätzliches Tempo zur transformativen Weiterentwicklung unseres Wirtschaftsstandorts machen insgesamt rund 550 Start- und auch schon mehrere Dutzend Scale-Ups, die wir für Köln begeistern können. Und natürlich wirken auch unsere traditionsreichen Unternehmen aktiv mit. Immer mehr von ihnen stellen auf klimaneutrale Produktion um oder erfinden neue - und dann sehr erfolgreiche - digitale Geschäftsmodelle. Das ist ein Fortschritt, der uns auch im Branchenmix weiterhilft.

Deswegen fördern wir diese Entwicklungen sehr aktiv mit dem hochprofessionellen Serviceangebot der KölnBusiness Wirtschaftsförderungsgesellschaft, zahlreichen Digitalisierungsprogrammen und Investitionen in Infrastruktur. Wir schreiben in den nächsten Haushaltsjahren den Gigabit-Masterplan fort: Breitbandausbau im Boden, 5G in der Luft. Damit schaffen wir die Grundlage für Kölns digitale Wettbewerbsfähigkeit.

Und auch als Verwaltung werden wir die Chancen der Digitalisierung künftig noch stärker nutzen. Gemeinsam mit den Stadtwerken arbeiten wir an der „digitalen Zukunftsstadt“. Stichworte dafür sind datengetriebene Plattformen, passgenaue und bequeme Bürgerservices, eine smarte Nutzung von Daten zur besseren Planbarkeit und Steuerung von Transformationsprozessen. Und auch ganz wichtig: die Optimierung und Beschleunigung unserer internen Prozesse; denn nur eine effiziente, innovative Verwaltung kann die nötige Transformation unserer Stadt anstoßen und begleiten.

Hier nenne ich das Beispiel der digitalen Bauakte: Ab Mitte September können Kölnerinnen und Kölner ihre Bauanträge für Wohnungsbauprojekte endlich online stellen. Das wird Bearbeitungszeiten verkürzen und einen Schub für die Ermöglichung des Wohnungsbaus bedeuten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU sowie bei Teilen der SPD)

Klar ist aber auch: Es gibt viel zu tun, und ich bin sicher, dass das neue Dezernat mit Herrn Beigeordneten Haack jetzt nochmals Tempo auch in das Thema Digitalisierung bringen wird.

Wenn ich jetzt schon beim Thema Wirtschaft bin, dann lassen Sie mich mit Blick auf den Fachkräftemangel hinzufügen: Den werden auch wir zu spüren bekommen, aber unsere Ausgangslage ist gut. Köln ist eine junge Stadt mit einem enormen Potenzial an Talenten. In unserer Wissen-

schaftsstadt leben über 100 000 Studierende. Mit der IHK, der Handwerkskammer, der Agentur für Arbeit und den vielen engagierten Betrieben in der gesamten Stadt verfügen wir zudem über eine starke Ausbildungsallianz.

Und mehr noch: Köln bietet weiterhin Lebensqualität - ein ganz entscheidender Vorteil im Standortwettbewerb. Wir sind eine Kulturmegropole und bleiben es - auch dank unseres neuen Kulturräummanagements sowie eines Masterplans Kulturbauten.

Wir sind eine kinderfreundliche Kommune, die in den kommenden Jahren durch gezielte „Veedels-Checks“ in allen Bezirken noch kinderfreundlicher werden soll. Wir sind eine soziale Megropole. Deshalb ist es auch richtig, dass wir erneut über ein Fünftel unseres städtischen Gesamtsatzes für Soziale Hilfen aufwenden.

Darüber hinaus stärken wir weiterhin bedarfsorientiert die Sozialräume. Und ich darf Ihnen versichern: So wie wir während der Pandemie mit unseren Impfaktionen speziell in die vulnerablen Stadtteile gegangen sind und damit bundesweit zum Vorbild wurden, mit eben dieser Haltung werden wir auch in Zukunft genau hingucken, wo soziale Risiken in unserer Stadt entstehen, und wir werden alles dafür tun, sie so kleinzuhalten, wie es auch nur möglich ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Dazu passen zwei weitere starke Argumente für Köln, die ich auch immer wieder nenne, wenn ich gefragt werde, was eigentlich Köln ausmacht: Unsere Vielfalt und unsere Herzlichkeit! Diese Merkmale positionieren Köln inzwischen auch europaweit. Von der Europäischen Kommission wurden wir im Frühjahr als Hauptstadt der Integration und Vielfalt ausgezeichnet. Wir bleiben Willkommensstadt, die Geflüchtete genauso wie qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland aufnimmt.

Liebe Ratsmitglieder, die urbane Transformation in Köln - wir treiben sie mit diesem Haushalt voran! Dabei halten wir unsere Kölner Qualitäten wie sozialen Zusammenhalt, Solidarität und Menschlichkeit ganz fest im Blick!

In den kommenden Monaten ist nicht nur die öffentliche Hand, sondern sind wir alle gefragt, unseren Beitrag für eine starke, sichere und attraktive Stadt zu leisten. Deshalb bitte ich heute Sie und alle Kölnerinnen und Kölner: Gehen wir fair und anständig mit dem öffentlichen Raum

um! Setzen wir, egal ob in der Wirtschaft oder im Privathaushalt, unsere Ressourcen mit Bedacht und sehr behutsam ein! Und vor allem: Stehen wir in den kommenden Monaten so eng zusammen, wie wir das schon oft in Krisenzeiten getan haben! Ich denke dabei an die Pandemie. Ich denke an die große Welle der Solidarität für die Geflüchteten aus der Ukraine. Ich denke an die riesige Friedensdemonstration am Rosenmontag oder an die Rekordbeteiligung am diesjährigen Cologne Pride CSD, unserer Demonstration, die jedes Jahr auch eine Million Menschen in die Stadt führt.

All das sind Beweise, wie groß die Hilfsbereitschaft und wie weit das Herz der Kölnerinnen und Kölner sind. Eben diese Eigenschaften dürfen uns neben allen staatlichen Entlastungspaketen zuversichtlich stimmen, dass wir selbst schwierige Monate gemeinsam bewältigen werden. Als Stadtverwaltung und Oberbürgermeisterin werden wir jedenfalls alles dafür tun, dass Köln gut auch durch diese schwierige Zeit kommt. - Vielen Dank an Sie alle!

Und jetzt gebe ich das Wort gerne ab an unsere Kämmerin, Frau Dr. Diemert. - Vielen Dank.

(Beifall)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. Ich werde den Platz jetzt hier wieder verlassen. Vielen Dank, dass Sie uns den Haushaltsentwurf mit den Eckpunkten vorgestellt haben. Danke schön, meine Damen und Herren! Sie haben es mir - wie immer - einfach gemacht. Ich habe gesehen, dass alle aufmerksam zugehört haben, zumindest fast alle. - Danke.

(Frau Oberbürgermeisterin Reker übernimmt wieder die Sitzungsleitung)

Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Mitglieder des Rates! Sehr geehrte Vertreter*innen der Presse! Liebe Kolleginnen und Kollegen aus der Verwaltung! Sehr geehrte Gäste auf der Tribüne sowie am Bildschirm!

Seit jeher treten die Stadtkämmerer und Stadtkämmerinnen bei der Haushaltseinbringung vor den Rat, um die Planungen und die finanziellen Rahmenbedingungen zu erläutern. Es gibt gute Zeiten - Zeiten, in denen man sich darauf konzentrieren kann, dass mit den Mehrerträgen solide geplant und ausreichend Zukunftsvorsorge

betrieben wird -, und es gibt Zeiten wie diese: Zeiten, in denen eine Krise die andere jagt; Zeiten des Umbruchs und großer Unsicherheit, in denen verlässliche Prognosen rar sind und auch Expertinnen und Experten um die richtige Einschätzung ringen; Zeiten, in denen wenig leicht, vieles jedoch schwer scheint.

Der vor Ihnen liegende Haushalt fällt in eine solche Zeit. Er ist das Ergebnis einer großen Teamleistung und einer intensiven Befassung mit den finanziellen Chancen und Risiken, aber vor allem mit der Frage: Wie werden wir dieser Stadt und ihren Bürgerinnen und Bürgern am besten gerecht? Wie geben wir ihnen mit unserem Haushalt Orientierung in dieser schwierigen Zeit?

Vier Fragen waren dabei leitend:

1. Wo stehen wir heute?
2. Wie gehen wir mit den großen Unsicherheiten und Risiken im Haushalt um?
3. Wie behalten wir trotz permanenten Krisenmanagements die langen Linien und Zukunftsthemen - die Oberbürgermeisterin hat es angesprochen - unserer Stadt im Blick?
4. Welche Unterstützung brauchen wir dabei von Bund und Land?

Wo stehen wir? Oder auch: Wo stehen wir heute nach zwei Jahren Corona-Pandemie? Denn Corona ist noch nicht vorbei. Die Sommerwelle hat zur Folge, dass weiterhin zusätzliches Personal im Gesundheitsamt vorgehalten werden muss. Und auch bei unseren Steuererträgen ist die Pandemie noch spürbar: Nach derzeitigen Prognosen beläuft sich die coronabedingte Lücke in 2022 - also im laufenden Jahr - immer noch auf rund 92 Millionen Euro.

Gleichwohl - das ist erfreulich - stehen wir, Stand heute, deutlich besser da, als von vielen erwartet. Gerade das erste Halbjahr war von einer großen Erholung gekennzeichnet. Bei der Gewerbesteuer liegen wir zurzeit deutlich über unseren Planansätzen für das laufende Jahr. Das zeigt, dass wir - wie ich es Ihnen im letzten Jahr zugesagt hatte - bei allem Optimismus immer auch mit der gebotenen kaufmännischen Vorsicht kalkulieren. Und es bewähren sich natürlich - auch davon war heute schon die Rede hier in diesem Hause - der breite Branchenmix in dieser Stadt, die deutlichen Hilfen von Bund und Land - das dürfen wir nicht verkennen - und auch unsere Strategie, nämlich die Kräfte in der Krise auf die Struktursicherung zu konzentrieren und damit

die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Neustart nach den Lockdowns zu schaffen.

Diese gute Steuerentwicklung hilft uns auch derzeit sehr dabei, die ungeplanten und zusätzlichen Belastungen des schrecklichen Ukraine-Kriegs im laufenden Haushalt abzufedern. Das hatten wir alles nicht eingeplant!

Diese Belastungen sind schon jetzt erheblich und haben beim Aufwand eine dreistellige Millionenhöhe erreicht. Zwar haben Bund und Land zugesagt, die Städte mit diesen Belastungen nicht allein zu lassen, die bislang für 2022 zugesagten Finanzmittel decken die Kosten aber bei weitem nicht.

Trotzdem gehen wir nach derzeitiger Prognose davon aus, dass sich unser „echtes“ Jahresergebnis 2022 - also das Jahresergebnis ohne die vieles verzerrende Corona-Isolation - nur um rund 38 Millionen Euro verschlechtern wird. Dass das so ist, haben wir der bisher wirklich positiven Entwicklung bei den Steuererträgen zu verdanken. - So weit mein Blick auf das Heute.

Damit hole ich etwas Luft; denn der Blick in die Zukunft ist deutlich ungewisser. Der Angriff auf die Ukraine und der Gaskrieg Russlands haben die Hoffnung, dass sich diese sehr erfreuliche wirtschaftliche Entwicklung so ohne Weiteres fortsetzen wird, deutlich ausgebremst: Hohe Energiepreise und anhaltende Lieferschwierigkeiten belasten die deutsche Wirtschaft. Die Inflation hat Rekordwerte erreicht. Die Konsumlaune und die Stimmung in den Unternehmen haben sich deutlich verschlechtert. Auf den Energiemärkten erleben wir eine dynamische und in Teilen nicht zu kalkulierende Entwicklung. Selbst erfahrene Marktexpertinnen und Marktexperten können sich an keine vergleichbare Situation erinnern. Und gleich mehrfach haben zuletzt die Wirtschaftsinstitute ihre Prognosen zur konjunkturellen Entwicklung abgesenkt. Vielerorts wird befürchtet, dass es infolge einer Gasmanngelage zu einem Einbruch der Wirtschaftsleistung und zu einer Rezession kommen wird.

Das, was bisher mit vielen Worten beschrieben worden ist, dass dieser Krieg nämlich uns alle betreffen wird, auch unsere Solidarität fordern und auf die Probe stellen wird, das sickert nun nach und nach in unser Bewusstsein. Es ruft Unsicherheit, ja teilweise Angst hervor.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind daher alles andere als einfach. Zu den vergleichsweise kleinen Herausforderungen zählt dabei noch, dass auch die Modellrechnung zum

kommunalen Finanzausgleich bis zum heutigen Tag noch nicht veröffentlicht wurde, wir also die Höhe dieser für die Stadt wichtigen Zuweisungen noch nicht kennen. Anders als in den Vorjahren können wir Ihnen heute deshalb auch noch keinen ersten Veränderungsnachweis vorlegen.

Damit bin ich bei der zweiten Frage: Wie gehen wir jetzt mit diesen zahlreichen und großen Unsicherheiten und Risiken im Haushalt um?

Das hat uns, wie Sie sich vorstellen können, sehr beschäftigt, und es treibt uns auch weiter um. Gut die Hälfte unserer Erträge ist konjunkturabhängig. Wir haben deshalb - seien Sie bitte versichert - bis auf die letzten Meter unterschiedlichste Szenarien betrachtet und immer wieder neujustiert - mit dem Ziel, auch den jüngsten Entwicklungen am Markt noch Rechnung zu tragen. Wir legen Ihnen heute im Ergebnis einen soliden Haushalt vor.

Ich sage Ihnen aber auch in aller Deutlichkeit: Angesichts der Dynamik der Entwicklung und der hohen Unsicherheiten sind die Prognoserisiken im kommenden Haushalt größer als sonst. Wir können schlicht nicht für jedes Risikoszenario und erst recht nicht für das Szenario eines massiven Wirtschaftseinbruchs schon heute vollumfänglich Vorsorge treffen. Wir kennen weder die Dauer des Krieges noch die weitere geopolitische Entwicklung. Niemand wagt eine belastbare Prognose, wie sich die pandemische Lage im Herbst entwickeln und auf Wirtschaft und Haushalt auswirken wird. Wir wissen nicht, ob sich eine Gasmanngelage mit den ergriffenen und noch zu ergreifenden Maßnahmen vermeiden lässt und welche Hilfsprogramme dann zur Abfederung der erwarteten Belastungen auf den Weg gebracht werden. Und auch die Inflationsentwicklung und die Reaktion der Europäischen Zentralbank darauf - Stichwort „Zinswende“ - lassen sich nicht sicher vorhersagen.

Was wir aber wissen, ist Folgendes: Die Verunsicherung in der Bevölkerung und bei all denen, die auf die Stadt angewiesen sind, ist groß. Die Menschen erwarten von uns eine klare Haltung und verantwortliches, abgewogenes Handeln. In unserem Aufstellungsverfahren haben wir uns daher den Zielen Krisenfestigkeit und Zukunftstauglichkeit verschrieben, indem wir:

1. den Risiken adäquat begegnen,
2. Zukunftsthemen ermöglichen und
3. - die Oberbürgermeisterin hat es schon erwähnt - die Haushaltssicherung vermeiden.

Zunächst zur Risikovorsorge:

Bei den Steuererträgen haben wir den weiteren Entwicklungskurs vorsichtig kalkuliert und berücksichtigt, dass es durch das im Frühjahr auf den Weg gebrachte erste Entlastungspaket zu Einbußen bei unseren Steuererträgen kommen wird, die damals bei der Steuerschätzung noch nicht berücksichtigt waren.

Im Ergebnis liegen so jetzt unsere Erwartungen bei der Gewerbesteuer trotz der derzeit erfreulichen Entwicklung in 2023 nur minimal über und in 2024 und 2025 sogar geringfügig unter unseren bisherigen Mittelfristplanungen. Beim Finanzausgleich erwarten wir, dass landesseitig der Gesamtpf für alle Kommunen zwar nicht gekürzt wird - das glaube wir nicht in der jetzigen Situation -, dass unsere Stadt wegen ihrer guten Steuerentwicklung bei der Verteilung der Mittel aber etwas weniger Zuschüsse erhält.

Und natürlich reagieren wir auch auf den Ukraine-Krieg: Wir haben auf der Aufwandsseite Vorsorge getragen. Für die Unterbringung von Schutzsuchenden bedeutet das eine zusätzliche Nettobelastung in Höhe von rund 45 Millionen Euro. Natürlich gilt das auch für Energiepreise, die uns auch betreffen, zum Beispiel bei den Kosten der Unterkunft, die wir für die Transferleistungsempfängerinnen und -empfänger übernehmen, aber natürlich auch bei unseren eigenen Energiekosten. Das wird nicht allein durch Energieeinsparungen aufzufangen sein.

In einem ersten Schritt haben wir daher eine zusätzliche Risikovorsorge in Höhe von 7,8 Millionen Euro in 2023, 9 Millionen Euro in 2024 und 13 Millionen Euro in den Folgejahren eingeplant. Zudem haben wir - Stichwort „Zinswende“ - einen um 10 Millionen Euro erhöhten Zinsaufwand eingestellt.

Sie sehen also, durch die Risikovorsorge in unserem Haushalt werden schon jetzt erhebliche Mittel gebunden. Wir werden die Situation gleichwohl weiter im Blick behalten müssen; denn die Dynamik in der derzeitigen Entwicklung ist, wie gesagt, groß.

Daher an dieser Stelle schon eine klare Ankündigung: Sollten sich durch den ersten Veränderungsnachweis der Verwaltung noch Spielräume ergeben, dann sind wir meines Erachtens sehr gut beraten, diese für die weitere Risikovorsorge zu nutzen.

Sehr geehrte Damen und Herren, in der Krise fokussiert sich der Blick zwangsläufig stark auf

kurzfristige Handlungserfordernisse. Wir dürfen aber zentrale Zukunftsthemen wie den Klimawandel, soziale Gerechtigkeit und Bildungsgerechtigkeit und auch die finanzielle Nachhaltigkeit nicht aus dem Blick verlieren. Das fällt uns sonst mittel- bis langfristig wieder auf die Füße.

Damit bin ich bei der dritten Frage: Wie bilden wir trotz permanenten Krisenmanagements - Sie haben ja gesehen: eine Krise jagt die andere - die Zukunftsthemen in unserem Haushalt ab? Was können und was werden wir hier in Köln tun?

Der Gesamthaushalt wird im kommenden Jahr auf rund 5,5 Milliarden Euro in 2023 und 2024 sogar auf rund 5,8 Milliarden Euro wachsen. Das bedeutet einen jährlichen Zuwachs von jeweils rund 240 Millionen Euro pro Jahr. Das ist deutlich mehr als in den Vorjahren. Das hat seinen Grund darin, dass wir die Risikovorsorge zusätzlich und nicht zulasten der allgemeinen Aufgaben finanziert haben.

Parallel haben wir außerdem alle bisherigen Ansätze und Anmeldungen kritisch hinterfragt, um den vor uns liegenden Schwerpunkten und Zukunftsaufgaben gerecht zu werden und um sie in unserem Haushalt zu ermöglichen. Die Oberbürgermeisterin hat zu Letzterem schon ausgeführt. Ich werde mich daher hier auf einige ergänzende Hinweise und - das kann ich Ihnen nicht ganz ersparen - auch einige Zahlen beschränken.

Die Ansätze für Schulmieten wachsen infolge der Schulum- und -neubauten um rund 40 Millionen Euro in 2023 und 61 Millionen Euro in 2024.

Für den Ausbau der Kindergartenplätze wurden zusätzliche Mittel in Höhe von 30 Millionen Euro in 2023 und fast 50 Millionen Euro in 2024 vorgesehen, und die Ansätze im Bereich der wirtschaftlichen Jugendhilfe wachsen um 11 Millionen Euro bzw. 17 Millionen Euro.

Auch beim Brand- und Bevölkerungsschutz sowie dem Rettungsdienst gibt es für diverse Maßnahmen Aufwüchse. Hier stehen 12 Millionen Euro in 2023 und 17 Millionen Euro in 2024 in Rede.

Im Sportbereich führen die Vorbereitung und die Durchführung der Euro 2024 zu zusätzlichen Aufwendungen von insgesamt 9,7 Millionen Euro.

Und auch im Kulturbereich gibt es deutliche Steigerungen, insbesondere beim Betriebskos-

18. Sitzung vom 17. August 2022 Seite 11 (vom Redner ungelesene Fassung)

tenzuschuss für die Bühnen und das Wallraf-Richartz-Museum.

Die Modernisierung und Digitalisierung der Verwaltung bleiben natürlich eine zentrale Aufgabe in dieser Stadt: Für den IT- und Digitalisierungsbereich sind in den Jahren 2023 und 2024 87 bzw. 88 Millionen Euro Aufwand geplant.

Auch beim Investitionshaushalt setzen wir deutliche Impulse und stellen für Investitionen und Ausleihungen an unsere Beteiligungsunternehmen Ansätze von jährlich über 1 Milliarde Euro zur Verfügung.

Damit nicht genug: Während andere Städte laut über Steuererhöhungen nachdenken, haben wir die Steuersätze bei der Gewerbe- und der Grundsteuer unverändert gelassen und schützen damit unseren Wirtschaftsstandort.

(Beifall)

Sie sehen also: Unser Haushalt wahrt die Balance zwischen Krisenmanagement einerseits und Zukunftsgestaltung andererseits.

Und auch das dritte Ziel unseres Aufstellungsverfahrens haben wir - Stand heute - trotz der großen Herausforderungen erreicht: Wir können unseren Haushalt weiter selbstverantwortlich gestalten; ein Haushaltssicherungskonzept ist nicht erforderlich.

(Beifall)

Trotz dieser erfreulichen Botschaften dürfen wir den Haushaltsausgleich und damit die finanzielle Nachhaltigkeit in dieser Stadt nicht aus dem Blick verlieren. Bei aller Freude über das Erreichte gehört zur Ehrlichkeit daher dazu: Wir segeln hart am Wind! Denn das alles bleibt natürlich nicht ohne Folgen für unser Jahresergebnis.

Zudem fällt die sogenannte Bilanzierungshilfe, also das „Wegbuchen“ der sogenannten Corona-Schäden, ab 2023 voraussichtlich weg. Damit werden die Folgeschäden der Pandemie in unseren Jahresergebnissen wieder sicht- und spürbar. Allein bei den Steuererträgen liegen wir beispielsweise im kommenden Jahr immer noch rund 81 Millionen Euro unter dem Volumen unserer damaligen Prognosen aus der Vor-Corona-Zeit.

Entsprechend tiefrot sind unsere Zahlen: Unter dem Strich rechnen wir mit einem Jahresdefizit von insgesamt rund 192 Millionen Euro in 2023 und 256 Millionen Euro in 2024. In der Folge

wächst unsere Verschuldung, und wir verzehren weiter Eigenkapital.

Die allgemeine Rücklage schrumpft in 2023 um rund 3,59 Prozent und im Folgejahr um 4,98 Prozent. Damit bleiben wir zwar noch unter den Schwellenwerten für ein Haushaltssicherungskonzept, der Abstand ist aber gering.

Lassen Sie mich daher Folgendes in aller Deutlichkeit festhalten: Ja, wir werden auch diese neue Krise meistern und gleichzeitig die Zukunft dieser Stadt gestalten. Wir nehmen unsere Verantwortung hier vor Ort ernst. Dafür schöpfen wir mit unserem Haushaltsplanentwurf die bestehenden haushaltsrechtlichen Grenzen allerdings aus. Mehr geht derzeit nicht.

Es gibt derzeit keine Spielräume für zusätzliche Belastungen des Haushalts. Wenn zusätzliche Aufgaben übernommen oder neue Schwerpunkte gesetzt werden sollen, müssen diese mit zusätzlichen Erträgen gekoppelt sein oder es muss klar gesagt werden, was dafür unterbleiben soll.

(Beifall bei der CDU)

Damit komme ich - auch angesichts der vor uns liegenden sonstigen Aufgaben und Herausforderungen - zur letzten und vierten Frage: Welche Unterstützung brauchen wir von Bund und Land?

Die Spielräume in unserem Haushalt und damit für unsere Handlungsfähigkeit hängen nicht nur von der weiteren - wie Sie gesehen haben: unsicheren - wirtschaftlichen Entwicklung ab. Sie hängen auch davon ab, welche Weichenstellungen auf Bundes- und Landesebene demnächst getroffen werden.

Gestatten Sie mir dazu einige Einschätzungen - selbstverständlich aus Sicht des Kölner Haushalts -: Die Regierungsfractionen im Landtag haben angekündigt, die Ungleichbehandlung der großen Städte im Finanzausgleich nicht weiter zu vertiefen. Sie wollen deshalb auf die zweite Stufe der auch nach Einschätzung des Städtetages verfassungswidrigen Reform bei der Ermittlung der Steuerkraft verzichten. Das ist ein gutes und wichtiges Signal. Aber auch die noch unter der alten Landesregierung eingeführte erste Stufe muss zurückgenommen werden. Andernfalls kommen wir um unsere hier gemeinsam beratene und beschlossene Verfassungsbeschwerde nicht herum.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei der SPD)

18. Sitzung vom 17. August 2022 Seite 12 (vom Redner ungelesene Fassung)

Klar ist auch: Wir werden die vor uns liegende Mobilitätswende und die dringend notwendigen Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen nicht allein stemmen können. Hier bedarf es zielgerichteter Förderungen und Instrumente. Stichworte sind: Mobilitätsgarantie und Drittnutzerfinanzierung, energetische Sanierung von Gebäuden, Ausbau der erneuerbaren Energien, Wärmeplanung und Wasserstoffstrategie - um nur einige Punkte zu nennen.

Bund und Land stehen außerdem im Wort, dass sie die Städte und Gemeinden bei der Unterbringung von Flüchtenden finanziell absichern und unterstützen. Unsere Zahlen zeigen, wie relevant das ist. Bis heute wissen wir aber leider noch nicht, in welchem Umfang die bisherigen Hilfen fortgesetzt werden. Auch das gehört auf die Agenda.

Von ganz aktueller Bedeutung ist schließlich: Angesichts der explodierenden Energiepreise müssen zielgerichtete - ich betone: zielgerichtete - Hilfen insbesondere für Menschen mit geringem Einkommen auf den Weg gebracht werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der SPD und bei der LINKEN)

Lenkungseffekte über den Preis sind wichtig und unverzichtbar, aber es gibt viele Haushalte, die kaum weiter sparen können. Hier zu helfen, ist eine Aufgabe des Sozialstaats und des Bundes. Das können wir in dieser Breite als Kommune schlicht nicht leisten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Mit der angekündigten Wohngeldreform liegen dazu erste Maßnahmen des Bundes auf dem Tisch. Zusätzliche Vorschläge werden derzeit diskutiert, darunter auch weitere steuerliche Entlastungsmaßnahmen. Ich glaube, das ist eine ganz ernsthafte Diskussion. Deshalb möchte ich hier nur einen Hinweis dazu geben: Steuerliche Entlastungsmaßnahmen werden natürlich auch große Löcher in den kommunalen Haushalt reißen, etwa weil Steuererträge bei der Einkommen- und Gewerbesteuer dann noch niedriger ausfallen. Deshalb richtet sich mein dringender Appell an den Bund, bei diesen wichtigen Debatten diese finanziellen Folgen bitte mitzubedenken und erforderlichenfalls für die Kommunen auch abzufedern.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitglieder des Rates, vor uns liegt keine einfache Zeit.

Wir können nicht alle Entwicklungen und Risiken kennen; das ist uns allen bewusst. Daher die klare Botschaft: Wir handeln angemessen. Wir bleiben handlungsfähig. Und: Wir reagieren - wenn notwendig - flexibel.

Dafür haben wir mit unserem Haushalt gute Voraussetzungen geschaffen: Wir haben alles dafür getan, um zum fünften Mal in Folge voll handlungsfähig in das neue Haushaltsjahr zu starten.

Wir werden einen ersten Veränderungsnachweis vorlegen, sobald die Modellrechnung zum Gemeindefinanzierungsgesetz vorliegt. Spielräume werden wir - wenn notwendig und geboten - zur weiteren Risikoabsicherung nutzen können. Der Doppelhaushalt gibt Planungssicherheit, ohne die notwendige Flexibilität zu behindern. Im Gegenteil: Sollte ein Nachtragshaushalt wirklich erforderlich werden, ist dieser deutlich schlanker und schneller aufzustellen als ein vollständig neuer Haushalt.

Und schließlich: In der Bewirtschaftung des Haushalts können wir jederzeit auf Verschärfungen und Veränderungen reagieren. Ich kündige heute schon an, dass wir das - wenn notwendig - auch tun werden.

Krisen lassen sich meistern - mit Entschlossenheit, mit Solidarität und mit gemeinsamer Anstrengung. Und wenn wir von Anstrengung sprechen, gestatten Sie mir nun noch einige Worte des Dankes.

Das Aufstellungsverfahren war alles andere als einfach. Es hat Zugeständnisse von allen Beteiligten verlangt, und ich möchte mich an dieser Stelle herzlich bedanken: bei der Oberbürgermeisterin für das Vertrauen und die Rückendeckung, bei den Kolleginnen und Kollegen des Verwaltungsvorstands, bei allen Beteiligten in der Verwaltung und auch bei den Teilnehmenden. Es ist ein Zeichen der Stärke und des Zusammenhalts in schwierigen Zeiten, dass dieser Haushalt in weitgehendem Konsens aufgestellt werden konnte.

Und damit nun zu Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen aus der Kämmerei und aus meinem Dezernatsbüro - einige von Ihnen sitzen dahinten, einige sitzen da oben auf der Tribüne -: Sie waren unermüdlich im Einsatz. Sie haben sich trotz zahlreicher Herausforderungen und mancher Hürden nicht entmutigen lassen. Wir haben als Verwaltung strategische Fragen diskutiert und immer wieder neu gerechnet. Es lässt sich schwer in Worte fassen, wie wichtig es ist, mit all diesen Fragen nicht allein zu sein. Daher an

dieser Stelle - ich denke im Namen aller, aber auch ganz persönlich von mir -: Herzlichen Dank für Ihren Einsatz!

(Lebhafter Beifall)

Nun, liebe Ratsmitglieder, legen wir den Haushalt vertrauensvoll in Ihre Hände.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Ich wünsche Ihnen dafür gute Beratungen und sage für heute: Vielen Dank!

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Frau Dr. Diemert.

Meine Damen und Herren, wie eingangs erläutert wird die Vorlage zur weiteren Beratung in die Bezirksvertretungen, den Jugendhilfeausschuss, den Integrationsrat und den Finanzausschuss verwiesen.

Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Das ist auch nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe auf:

2 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Tagesordnungspunkt

2.1 Befristeter Verzicht auf die Ausübung des Vorkaufsrechts gemäß § 31 Nordrhein-westfälisches Denkmalschutzgesetz (DSchG NRW) zur Vermeidung unbilliger Härten und zur Vorbereitung einer generellen Lösung
2032/2022

Wird das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Die Fraktion DIE LINKE enthält sich. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe auf:

3 Weitere Vorgänge

Tagesordnungspunkt

3.1 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Benennung einer Sachkundigen Bürgerin für den Sozialausschuss“

AN/1356/2022

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

3.2 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Sozial-Betriebe-Köln gGmbH (SBK): Entsendung in den Aufsichtsrat“
AN/1398/2022

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

3.3 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „RehaNova Köln neurologische Rehabilitationsklinik gGmbH: Entsendung in den Aufsichtsrat“
AN/1399/2022

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

3.4 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Kliniken der Stadt Köln gGmbH: Entsendung in den Aufsichtsrat“
AN/1400/2022

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

3.5 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Umbesetzung in den Ausschüssen - Unterausschuss Selbsthilfegruppen“
AN/1405/2022

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist auch das so beschlossen.

Ich würde gerne die Nichtöffentlichkeit herstellen.

(Schluss: 15.12 Uhr)